

## Drei Gesetzesvorschläge zu Gunsten der Studenten

Für die Studenten ist das Nikolausfest mittlerweile eine wahre (institution), eine letzte *Fiesta* vor dem Stress des Blocus und der Prüfungen im Januar. Dieses Jahr könnte man behaupten, dass der große Sanktus großzügig mit ihnen gewesen ist, vermittelt durch die Abgeordneten der MR der Kammer.

Diese hinterlegten drei Gesetzesvorschläge im föderalen Parlament, ausgerichtet auf sehr **konkrete und wichtige Aspekte des alltäglichen Lebens der zahlreichen Studenten.**

Zur Frage stehen Studentenjobs, Studentenwohnungen und ihre Repräsentation in einem föderalen Rat, begründet auf dem Zusammentragen ihrer Anliegen.

**Die Föderalabgeordnete Katrin JADIN hat diese drei folgenden Gesetzesvorschläge hinterlegt.**

### Vereinfachung der Studentenjobs

Ein Studentenjob ist meistens, und immer öfters, die Antwort auf die Notwendigkeit eines Einkommens um die Studienkosten, eine Miete oder laufende Kosten zu bewältigen. Heute werden immerhin 400.000 Teilzeitjobs durch Studenten ausgeführt und das ist beträchtlich! Zudem ist das System, das diese Aktivität umfasst, komplex und beinhaltet keine große Flexibilität.

Die Studentearbeit bleibt für das Wesentliche strikt auf 23 Arbeitstage limitiert . Zu dieser zeitlichen Schwierigkeit muss man die sozialen Lasten, die der Arbeitgeber tragen muss, hinzufügen.

„Wir halten es für notwendig mehr Freiheit und Flexibilität in dieses System einzuführen, erklärt Katrin JADIN. Dieser Gesetzesvorschlag sieht ein **originelles nie da gewesenes Konzept für Studentenjobs** vor.

„In meinem Gesetzesvorschlag wird ein einmaliger Prozentsatz für den sozialen Beitrag festgelegt, ungefähr die Hälfte der zurzeit angewandten Prozentsätze und die Studenten können bis zu 53 Tagen oder 400 Stunden im Jahr arbeiten, aber dies natürlich nur in der ihnen studententechnisch angesetzten Zeitspanne“, präzisiert die junge Parlamentarierin..

Die Miete einer Studentenwohnung für ein akademisches Jahr oder für die Dauer des Studiums ist für manche Studenten quasi verpflichtend. Momentan, handeln beide Parteien – Mieter und Vermieter – jeweils in ihrem Sinn bezüglich eines klassischen Mietvertrags  
Manchmal funktioniert dies gut, manchmal weniger gut.

„Unser Gesetzesvorschlag **dehnt sich auf die Miete von Studentenwohnungen, die Modalitäten und Garantien aus, die in dem Gesetz vom 20. Februar 1991 bezüglich eines Mietvertrags des Hauptwohnsitzes beinhaltet sind**“, kündigt Katrin Jadin an.

Es handelt sich um einen Vertrag über den reichlich Information vorhanden ist.

Dieses Gesetz umfasst die Gesamtheit an vertraglichen Verbindungen, das heisst die Konditionen der minimalen Sicherheit, der Hygiene, der Wohnlichkeit und der Pflege der Unterkunft, die bereits durch regionale Normen versichert werden, werden zu verpflichtenden Informationen, die dem Mietvertrag zugeordnet werden müssen.

Die Abgeordnete fügt hinzu: „ *Ein klarer Vertrag, präzise und vollständig zum Anfang, bedeutet meist weniger Kummer im Nachhinein!*“

### **Für einen föderalen Jugendrat**

Begründet auf den Gesetzen der institutionellen Reform von 1980, ist die Politik der Jugend ein Bestandteil, der die Gemeinschaftskompetenzen hervorhebt. In diesem Rahmen, bringen die drei Jugendräte, der französische, flämische und deutschsprachige, Ansichten hervor zu allen Anliegen, die Jugendliche haben, Initiativen oder zu Anfragen der Gemeinschaftsregierung.

Jedoch haben eine Reihe von Entscheidungen auf föderaler Ebene, Auswirkungen für die Jugendlichen. Das ist beispielsweise der Fall im Bereich der Führerscheine, des Numerus Clausus, Familienbeihilfen und studentischer Arbeit. Heute, für all diese Fragen qui relèvent du föderalen Aufgaben, können die drei Gemeinschaftsräte der Jugend nicht konsultiert oder angehört werden.

„*Darum, haben wir einen **Vorschlag hinterlegt, der eine Anfrage konkretisiert, im Vorfeld der letzten Föderalwahlen, durch die drei Gemeinschaftsräte der französischen, flämischen und deutschsprachigen Jugend***“, erklärt die Abgeordnete JADIN.

Die Jugend der drei Gemeinschaften haben eine Plattform der Abstimmung geschaffen, die sich „JCLUB.be“ nennt. Sie beantrage ihre offizielle Anerkennung. Die MR erklärte, dass die Jugendlichen unserer drei Sprachgemeinschaften beweisen, dass sie in der Lage sind, sich Gehör zu verschaffen und wünschen sich, sich äußern zu dürfen in Bezug auf föderale Materien, die sie betreffen.

Katrin Jadin fügte bezüglich dieses letzten Gesetzesvorschlags hinzu, dass Sie bereits vorhabe, die hiesigen Jugendräte zwecks intensiverer Konsultation zu Rate zu ziehen.